

Tarmed: Liechtenstein auf Platz 3

Jahresbilanz In Liechtenstein werden 25 bzw. 40 Prozent mehr Leistungen pro Versichertem abgerechnet als in den benachbarten Schweizer Kantonen. Das geht aus der Beantwortung der Kleinen Anfragen hervor.

Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

Wendelin Lampert (FBP) erkundigte sich beim zuständigen Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini im Rahmen der Kleinen Anfragen zu diversen Kennzahlen zum Thema «Auswirkung von einem Jahr Tarmed». Daraus geht hervor, dass in Liechtenstein die Kosten für ärztliche Behandlungen (ohne Labor) gemäss aktuellem BAG Kostenmonitoring im Jahr 2017 906 Franken pro versicherte Person betragen. «Diese Kosten sind gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent zurückgegangen», erklärte Pedrazzini. In der Gesamtschweiz betrug der Vergleichswert für das Jahr 2017 865, im Kanton St. Gallen 727 und in Graubünden 646 Franken.

Bereinigt um 11 Prozent teurer als beim Nachbarn

«Die Kosten in Liechtenstein liegen somit um 5 Prozent höher als im Schweizer Durchschnitt, um 25 Prozent höher als im Kanton St. Gallen sowie um 40 Prozent höher als im Kanton Graubünden», führt der Gesundheitsminister aus. Beim Vergleich mit dem Schweizer Durchschnitt müsse aber berücksichtigt werden, dass der Taxpunktwert in der Schweiz unterschiedlich hoch ist. «Der Vergleich mit den Kantonen St. Gallen und Graubünden jedoch ist dadurch nicht betroffen, weil diese Kantone denselben Taxpunktwert anwenden wie Liechtenstein.» Unter Berücksichtigung des gewichteten durchschnittlichen Taxpunkt-



«Väter des Tarmed» in Liechtenstein: Landtagsabgeordneter Wendelin Lampert und Mauro Pedrazzini (r.) von der FBP.



Bilder: Archiv

werts der Schweiz seien die Leistungen in Liechtenstein um 11 Prozent höher als im Schweizer Durchschnitt. «Wird Liechtenstein in die um die unterschiedlichen Taxpunktwerte bereinigte Rangliste der Schweizer Kantone eingereiht, so befindet sich Liechtenstein nach Genf und Zürich

auf Rang 3 von 27, St. Gallen auf Rang 15 und Graubünden auf Rang 21», erklärt der Gesundheitsminister.

Die Gesamtkosten pro versicherte Person betragen für das Fürstentum Liechtenstein gemäss aktuellem BAG Kostenmonitoring im Jahr 2017 4390 Franken.

Sie sind gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozent zurückgegangen. Dass die Prämien trotz Kostenrückgängen gestiegen sind, begründet Pedrazzini mit der komplexen Berechnungen der Prämie. «Die Kassen mussten zum Zeitpunkt der Prämienkalkulation die Kostenentwicklung für das restli-

che Jahr 2017 und für das Jahr 2018 kalkulieren. Erst Ende 2018 wird rückblickend zu beurteilen sein, wie genau die Prognosen der Kassen waren.» Der Ausgleich zu hoch oder zu tief kalkulierter Prämien findet dann jeweils in Reservenänderungen ihren Niederschlag.

Arbeitslosenquote stagniert

Vaduz Gemäss den Erhebungen des Arbeitsmarkt Service Liechtenstein (AMS FL) waren Ende Februar 365 Arbeitslose gemeldet, 7 Personen weniger als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote bleibt im Februar 2018 mit 1,9 Prozent unverändert gegenüber dem Vormonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat verringerte sich die Arbeitslosigkeit um 87 Personen. Die Arbeitslosenquote sank gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,4 Prozentpunkte.

Jugendarbeitslosigkeit ist rückläufig

Die Jugendarbeitslosigkeit verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 4 Personen auf 53. Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 2,4 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat verringerte sich diese um einen Prozentpunkt. In der Altersklasse von 25–49 Jahren verringerte sich die Arbeitslosigkeit um 10 Personen auf 207. Dies entspricht einer Quote von 1,9 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat entspricht dies einer Abnahme um 41 Personen.

In der Altersklasse 50plus erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 7 Personen auf 105. Dies ergibt eine Quote von 1,6 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat entspricht dies einer Verringerung um 22 Personen.

Knapp 900 Stellen noch zu besetzen

Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen liegt bei 899 Stellen gegenüber 938 im Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind 35 Stellen mehr gemeldet. Im Berichtsmonat war 1 Betrieb wegen wirtschaftlich bedingter und 36 Betriebe wegen witterungsbedingter Kurzarbeit gemeldet. (pd/ts)

Kleine Anfragen

Generation Ü50 im Fokus

Vor dem Hintergrund der zwischen 2005 und 2016 signifikant gestiegenen Zahl der über 50-jährigen Arbeitslosen, die in der Schweiz Sozialhilfe bezogen, wollte der Abgeordnete Georg Kaufmann (FL) von Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch die diesbezügliche Entwicklung in Liechtenstein erfragen. Dieser erklärte, dass 2016 hierzulande 146 über 50-jährige Sozialhilfe bezogen, 2005 waren es noch 88. Das entspricht einer Zunahme von 66 Prozent. Berücksichtigt man den Umstand, dass auch die Gruppe der betroffenen Personen im fraglichen Zeitraum um 38 Prozent wuchs, beläuft sich das effektive Wachstum auf 20 Prozent. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der über 50-jährigen betrug 2016 laut Risch 1,9 Prozent, die durchschnittliche Gesamtarbeitslosenquote 2,3 Prozent. Bezogen auf Kaufmanns Frage, wie die Regierung angesichts der heutigen Situation der über 50-jährigen Arbeitnehmer einer Erhöhung des Rentenalters gegenüberstehe, verwies Risch auf die «tiefe Arbeitslosigkeit» jener Bevölkerungsgruppe, was die «hohe Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes in Liechtenstein» aufzeige. «Die Nachfrage an Fachkräften ist seit drei Jahren deutlich angestiegen. (bo)

LIEMobil nicht betroffen

Die PostAuto Schweiz AG muss wegen Tricksereien bei der Buch-

haltung und ihrer Auslandsgeschäfte seit Wochen viel Kritik einstecken. Weswegen sich der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser veranlasst sah, bei Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch bezüglich der geschäftlichen Vernetzung der LIEMobil mit der PostAuto Schweiz AG sowie einer allfälligen Involvierung des Liechtensteiner Verkehrsbetrieb in die Vorgänge rund um das Schweizer Unternehmen nachzufragen. Wie aus Rischs Ausführungen hervorgeht, steht die LIEMobil mit der PostAuto Schweiz AG wie auch der PostAuto Liechtenstein Anstalt, einer 100-prozentigen Tochter der PostAuto Schweiz AG, in einem Auftragsverhältnis. In irgendeiner Weise betroffen ist sie von den aktuellen Entwicklungen bei der PostAuto Schweiz AG jedoch nicht, wie diese der LIEMobil mitteilte. Zumindest nach gegenwärtigem Stand. «Selbstredend», betont Risch, «sind die Ergebnisse der laufenden Untersuchung abzuwarten.» (bo)

Olympia-Reisen: Für eine Handvoll Franken

Zwei Politiker, zwei Trips an die Olympischen Winterspiele in Südkorea. «Hätten da nicht Kostenspart werden können, wenn Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch gemeinsam gereist wären?», wunderte sich der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend. «Minimal», antwortete Risch auf dessen Kleine Anfrage.

«Aus Sicht der Regierung hätten damit lediglich die Benzinkosten zum und vom Flughafen verringert werden können.» Wie der Sportminister weiter ausführte, beschränkten sich die Reisekosten auf die Flugtickets, die in Summe mit 16 074 Franken zu Buche schlugen. Für Unterbringung und Verpflegung kamen das Gastgeberland und das Internationale Olympische Komitee auf. (bo)

Naturvorrangflächen: Aktualisierung Ende 2018

Die geschützten und schützenswerten Landschaftsteile Liechtensteins werden in einem periodisch auf notwendige Aktualisierungen zu prüfenden Inventar der Naturvorrangflächen aufgeführt. Eine solche Aktualisierung, so der FL-Abgeordnete Patrick Risch, sei bereits Ende 2016 als «weitestgehend abgeschlossen» bezeichnet, die abschliessende Genehmigung durch die Regierung für 2017 in Aussicht gestellt worden. Weil dies bezüglich seiner jedoch nichts mehr zu sehen war, bat Risch Umweltministerin Dominique Gantenbein nun um ein kleines Update. «Weitestgehend abgeschlossen», heisst es auch jetzt wieder, bezogen auf die Arbeiten zur Überarbeitung des Inventars. Der Regierungsentcheid zum Start der Vernehmlassung befindet sich in Vorbereitung und werde in der Woche vom 5. März behandelt. Die Genehmigung des Inventars wiederum könne je nach Umfang der Stel-

lungnahmen und Bearbeitungsaufwand dann «gegen Ende des Jahres erfolgen». (bo)

LLV-Programm wird geprüft

Auch im Landtag war der Skitag der Landesverwaltung (LLV) ein Thema. Am vergangenen Samstag absolvierten die Staatsangestellten ihren Wintersporttag in Damüls, was bei vielen Einheimischen für Unmut sorgte. Die Landesangestellten sollten die Wertschöpfung im Land generieren, so die Ansicht vieler – zumal man mit Malbun über ein ideales Kleinod in den Alpen verfügt. «Die LLV hat sich nicht gegen das Malbun entschieden, sondern die Bedürfnisse der Mitarbeitenden umgesetzt. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen auf, dass viele Mitarbeitende ihre privaten Skitage in Malbun verbringen und deshalb das Angebot, einen Tag in einem grösseren Skigebiet zu verbringen, gerne nutzen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich die Mitarbeitenden in Form eines Unkostenbeitrags von 40 Franken beteiligen und dass der Skitag an einem Samstag und damit in der Freizeit stattfindet», erklärt dazu Regierungschef Adrian Hasler. «Wie bereits den Landeszeitungen kommuniziert wurde, plant die Landesverwaltung, im kommenden Jahr einen Wintersporttag in Malbun durchzuführen. Das detaillierte Angebot wird die Gruppe Unterhaltung mit Liechtenstein Marketing ausarbeiten», so der Regierungschef. «Die Gruppe Un-

terhaltung wird in den kommenden Monaten ein Gesamtkonzept für die verschiedenen Aktivitäten erstellen.» (mw)

Weiter kein Vaterschaftsurlaub

Der Landtagsabgeordnete Thomas Lagerer verwies in seiner Kleinen Anfrage auf eine Resolution des Europarates, welcher auch die liechtensteinische Delegation im Oktober 2015 zustimmte: Diese sieht unter anderem die Einführung eines bezahlten Elternurlaubs für Väter als Zielsetzung vor. Er wollte daher von der Regierung wissen, ob die Regierung diesbezüglich Handlungsbedarf sieht. Regierungsrätin Aurelia Frick antwortete, dass die Thematik im Rahmen der Umsetzung einer EU-Richtlinie 2012 Thema gewesen sei. «In der damaligen Debatte sprach sich der Landtag kritisch gegenüber einem bezahlten Elternurlaub und für eine Minimalumsetzung des unbezahlten Elternurlaubes aus», so Frick. (mw)

5G: Projektstart wohl 2019

«Aus heutiger Sicht wird als Zeitpunkt für den Projektstart zur tatsächlichen Frequenzvergabe in Liechtenstein das Jahr 2019 als zweckmässig und sinnvoll erachtet», erklärt Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Günter Vogt (VU). Dieser wollte wissen, wie der Fahrplan für die nächste Generation im Mobilfunk 5G-Standard für Liechten-

stein aussieht. Nach jetzigem Kenntnisstand sei ausserdem davon auszugehen, dass es in der Schweiz in absehbarer Zeit zu einer Revision der Verordnung über den Schutz vor nicht ionisierender Strahlung, der sogenannten NIS-Verordnung, kommen werde. Ausserdem, so Risch, werde die Telecom Liechtenstein im kommenden Jahr WiFi-Calling einführen. Danach hatte Patrick Risch (FL) gefragt. (mw)

Rege Nutzung von Schülerabos

Im Schuljahr 2017/2018 haben 1522 von 2043 Schülern die Möglichkeit genutzt, für zusätzliche 80 Franken das Jahresabonnement zu erhalten. Ausserdem haben sich im Kalenderjahr 2017 56 Schulklassen ein Klassenabonnement gekauft. Das geht aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Daniel Oehry (FBP) hervor, der ausserdem wissen wollte, was es kosten würde, wenn man an alle Kindergartenkinder und Schüler die Abos gratis abgeben würde. Aufgeschlüsselt auf die einzelnen Schulstufen bedeutet dies in Summe: Gesamtkosten von 554 400 Franken für alle Primarschüler. Gesamtkosten von 572 040 Franken für alle Schüler der weiterführenden Schulen, wovon heute bereits rund CHF 408 600.– durch das Schulamt übernommen werden. Die konkreten Kosten für die Kindergartenkinder können nicht exakt ermittelt werden, da Kinder unter sechs Jahren freifahren. (mw)